

Wahlalter und Politikverständnis

Sind 18 Jahre wirklich die
„magische Grenze“ für
das Verstehen von Politik?

Dr. Jan Kercher
Universität Hohenheim



Übersicht

1. Vorbemerkung: Zur Entstehung der Studie
2. Forschungsfrage & Untersuchungsdesign
3. Ausgewählte Ergebnisse
4. Fallbeispiele: Befunde zum Wahlverhalten von Jungwählern in Österreich und Bremen
5. Schlussfolgerungen
6. Zusatzauswertungen

Studie: Politikverständnis und Wahlalter

Vorbemerkung: Zur Entstehung der Studie

- Idee: von Studierenden, entstand im Rahmen eines Seminars zur Verständlichkeit von deutschen Politikern
- Keine Auftragsstudie, sondern unabhängige wissenschaftliche Studie, finanziert durch Lehrstuhl-Mittel



Studie: Politikverständnis und Wahlalter

Forschungsfrage: Bestehen signifikante Unterschiede zwischen heutigen Erstwählern (18 bis 21 Jahre) und Jugendlichen im Alter von 16 bis 17 Jahren in Bezug auf das politische Wissen und Verständnis?

Hintergrund:

- In Deutschland wird immer wieder eine Herabsetzung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre bei Landtags- und Bundestagswahlen diskutiert.
- Nachbarland Österreich: Hier gilt seit der Nationalratswahl 2008 ein Wahlalter von 16 Jahren.
- In Bremen wurde 2009 das Wahlalter bei Landtagswahlen auf 16 Jahre abgesenkt (erste Wahl: 2011), Brandenburg folgte 2011.



Studie: Politikverständnis und Wahlalter

Untersuchungsdesign

Durchführung eines Experiments mit 171 Schülern und Studierenden. (Berücksichtigt wurden bei der Auswertung dann jedoch nur die 134 deutschen Muttersprachler, um Verständnisprobleme aufgrund von mangelnden Sprachkenntnissen ausschließen zu können.)

1. Vorbefragung zu politischem Interesse und politischem Wissen
 2. Darbietung von vier kurzen Politiker-Ansprachen (von Merkel, Beck, Westerwelle, Lafontaine)
 3. Nach der Darbietung der Politiker-Reden: Verständnistest
- Drei zentrale Vergleichsvariablen:
- Politisches Interesse
 - Politisches Wissen
 - Verständnis der Politiker-Reden

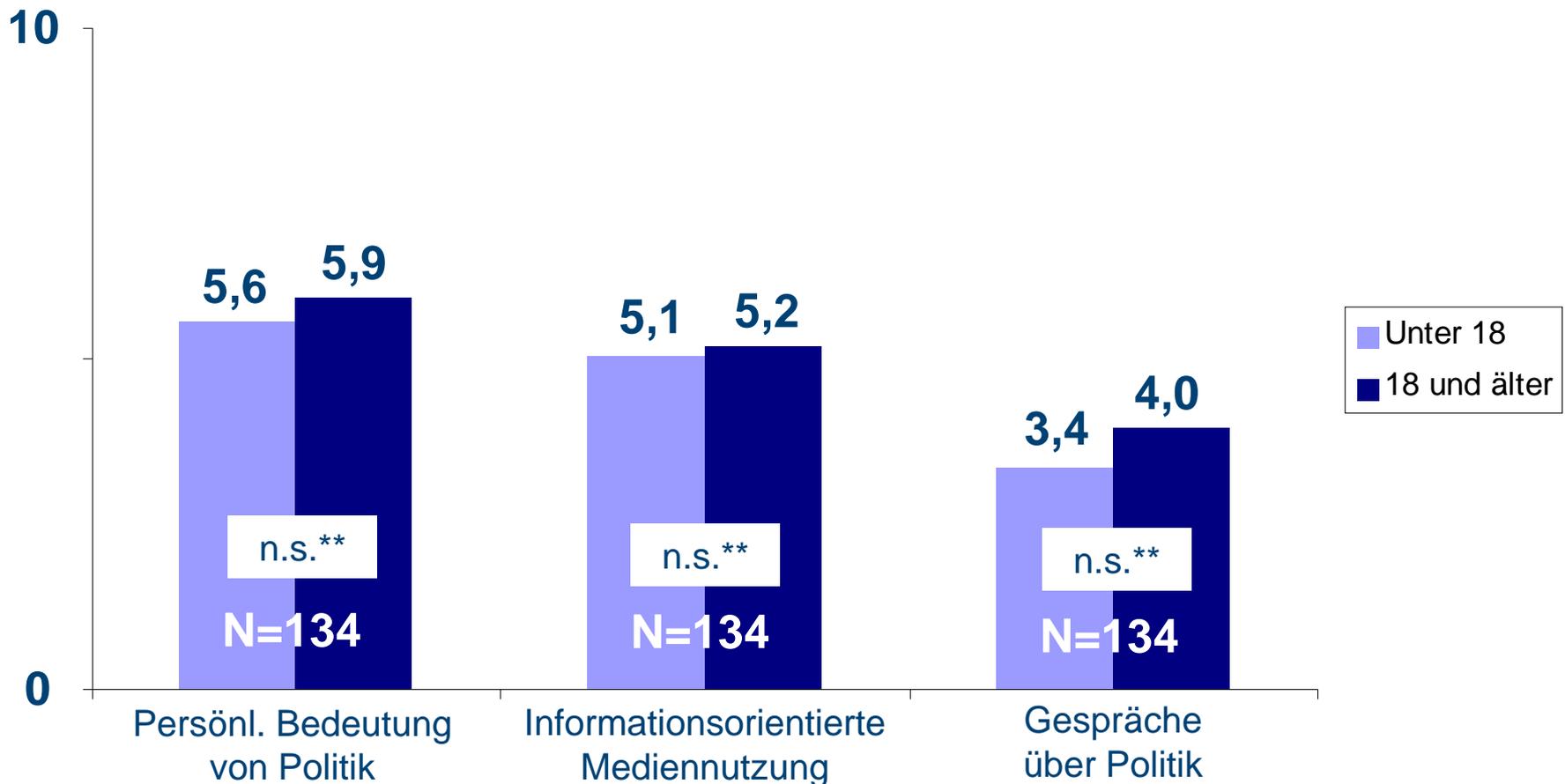
Studie: Politikverständnis und Wahlalter

Exkurs: Experimentaluntersuchungen & Fallzahlen

- Experimentaluntersuchungen streben – im Gegensatz zu repräsentativen Untersuchungen – keine Repräsentativität an.
- Stattdessen sollen kausale Beziehungen zwischen bestimmten Merkmalen (z.B. Alter, Bildung, politisches Wissen) untersucht werden.
- Für die Untersuchung dieser Zusammenhänge sind keine repräsentativen Stichproben nötig, häufig wären diese sogar eher hinderlich.
- Stattdessen wird meistens versucht, über Quotierungen alle relevanten Merkmale in allen relevanten Ausprägungen (z.B. unter 18 vs. über 18 Jahre) in ausreichender Fallzahl (~ min. 30 Personen pro Gruppe) in der Stichprobe abzubilden.

Studie: Politikverständnis und Wahlalter

Ergebnisse: Politisches Interesse (0-10)



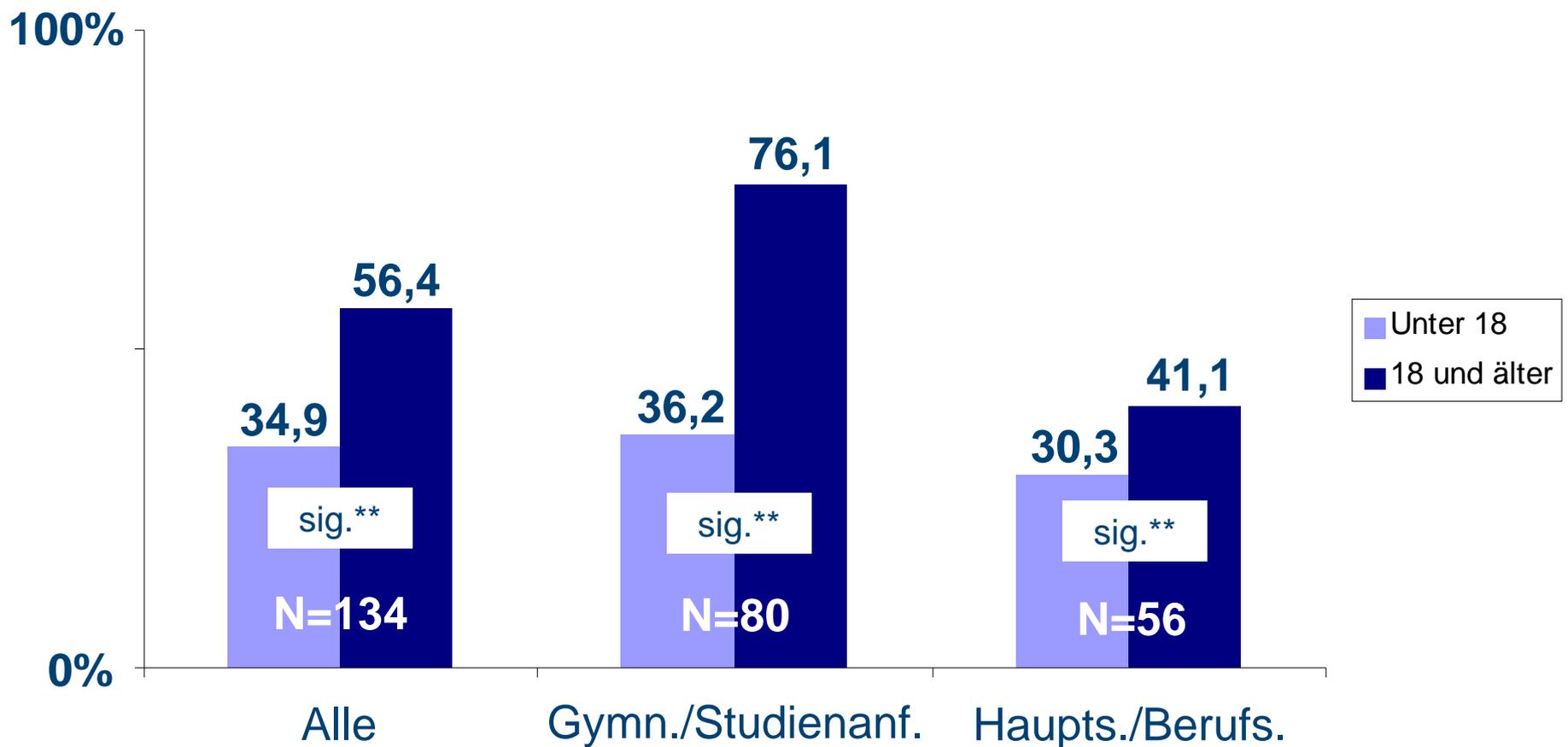
Interesse = Durchschnittliche Selbsteinstufung der Teilnehmer auf einer Skala von 0 bis 10 (Wichtigkeit von Politik für das eigene Leben, Häufigkeit der Mediennutzung als politische Informationsquelle, Häufigkeit von Gesprächen über Politik).

** sig. = Gruppenunterschiede sind statistisch signifikant. n.s. = nicht signifikant



Studie: Politikverständnis und Wahlalter

Ergebnisse: Politisches Wissen (in %)



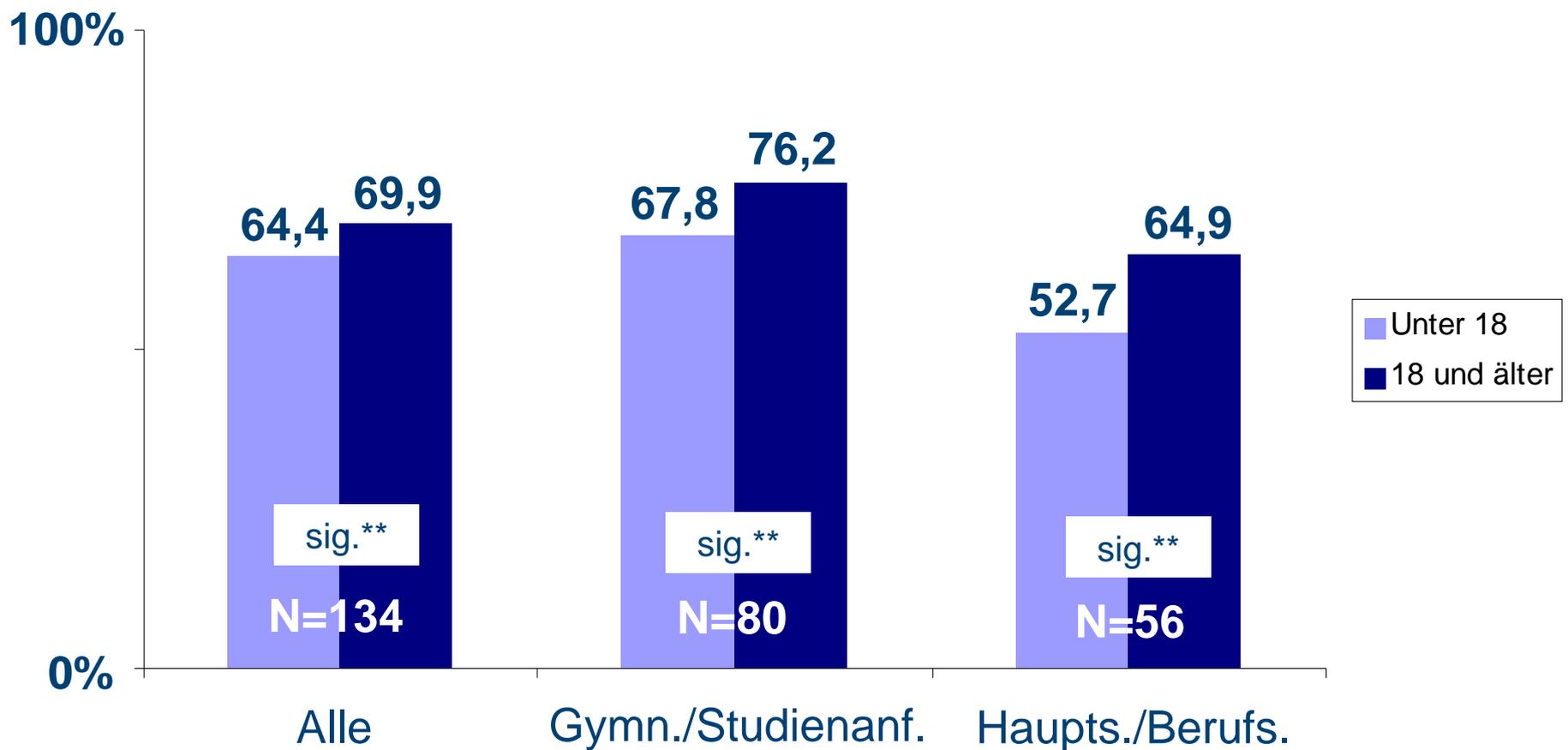
Objektives Wissen = Anteil der im Wissenstest erzielten Punkte an allen Punkten (0-16 mögliche Punkte), unter Berücksichtigung einer Ratekorrektur.

** sig. = Gruppenunterschiede sind statistisch signifikant, n.s. = nicht signifikant



Studie: Politikverständnis und Wahlalter

Ergebnisse: Politiker-Verständnis (in %)



Objektives Verständnis = Anteil der in den Verständnistests erzielten Punkte an allen Punkten (0-19,5 mögliche Punkte), unter Berücksichtigung einer Ratekorrektur.

** sig. = Gruppenunterschiede sind statistisch signifikant, n.s. = nicht signifikant



Studie: Politikverständnis und Wahlalter

Zusammenfassung

- Die TeilnehmerInnen unter 18 Jahren hatten in beiden Bildungsgruppen ein deutlich und signifikant geringeres **politisches Wissen**.
- Auch das **Verständnis der Politiker-Reden** fiel bei den TeilnehmerInnen unter 18 Jahren in beiden Bildungsgruppen signifikant geringer aus.
- Beim **politischen Interesse** waren hingegen keine signifikanten Unterschiede zwischen den Altersgruppen feststellbar.

Schlussfolgerungen

- Die nachgewiesenen Wissens- und Verständnisunterschiede können *nicht* auf das unterschiedliche **politische Interesse** in den beiden Altersgruppen zurückgeführt werden.
- Es ist deshalb anzunehmen, dass gerade die **politische Bildung in den Berufsschulen und der gymnasialen Oberstufe** zu einem signifikanten Anstieg beim politischen Wissen und Verstehen führt.
- Daraus folgt, dass sich die Wissens- und Verständnisunterschiede zwischen beiden Altersgruppen durch ein **Vorziehen politischer Bildungsinhalte in der schulischen Ausbildung** verringern ließen – unabhängig vom jeweiligen Bildungsweg.
- Um zu vermeiden, dass eine Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre für einen Großteil der neuen Erstwähler eine Überforderung darstellt, sollte **im Vorfeld eine entsprechende Anpassung der Lehrpläne** stattfinden (vgl. „Kronentheorie“ vs. „Lokomotivtheorie“).

Fallbeispiele: Österreich & Bremen

Österreich 2008

→ Problem: Mangelnde Vorbereitung der Jungwähler

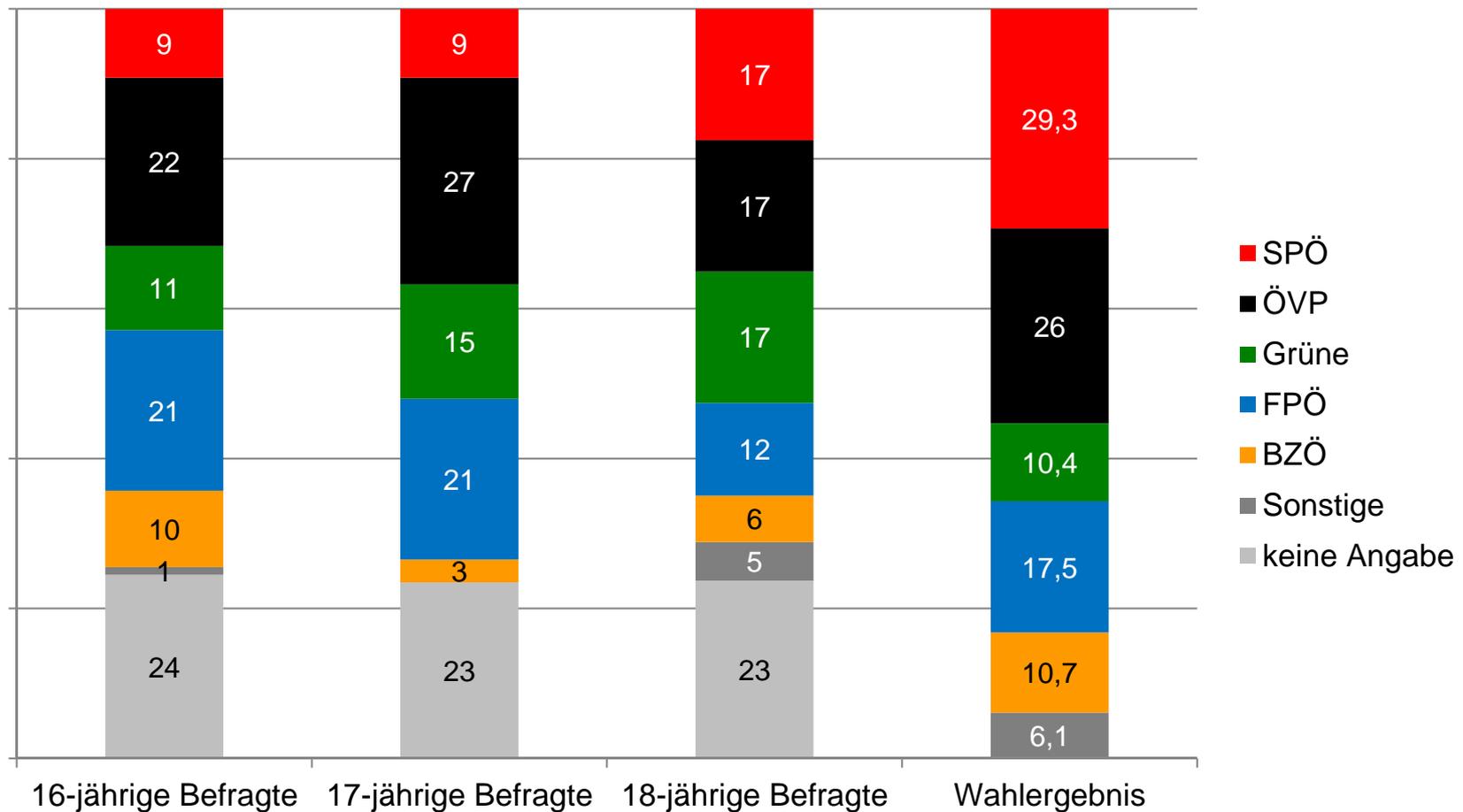
„Normaler Weise wäre der erste Schritt nämlich die Vorbereitung der jungen Menschen auf diese Situation. Und das hat man etwas verschlafen.“

Walter Steidl, Vorsitzender der SPÖ-Fraktion im Nationalrat



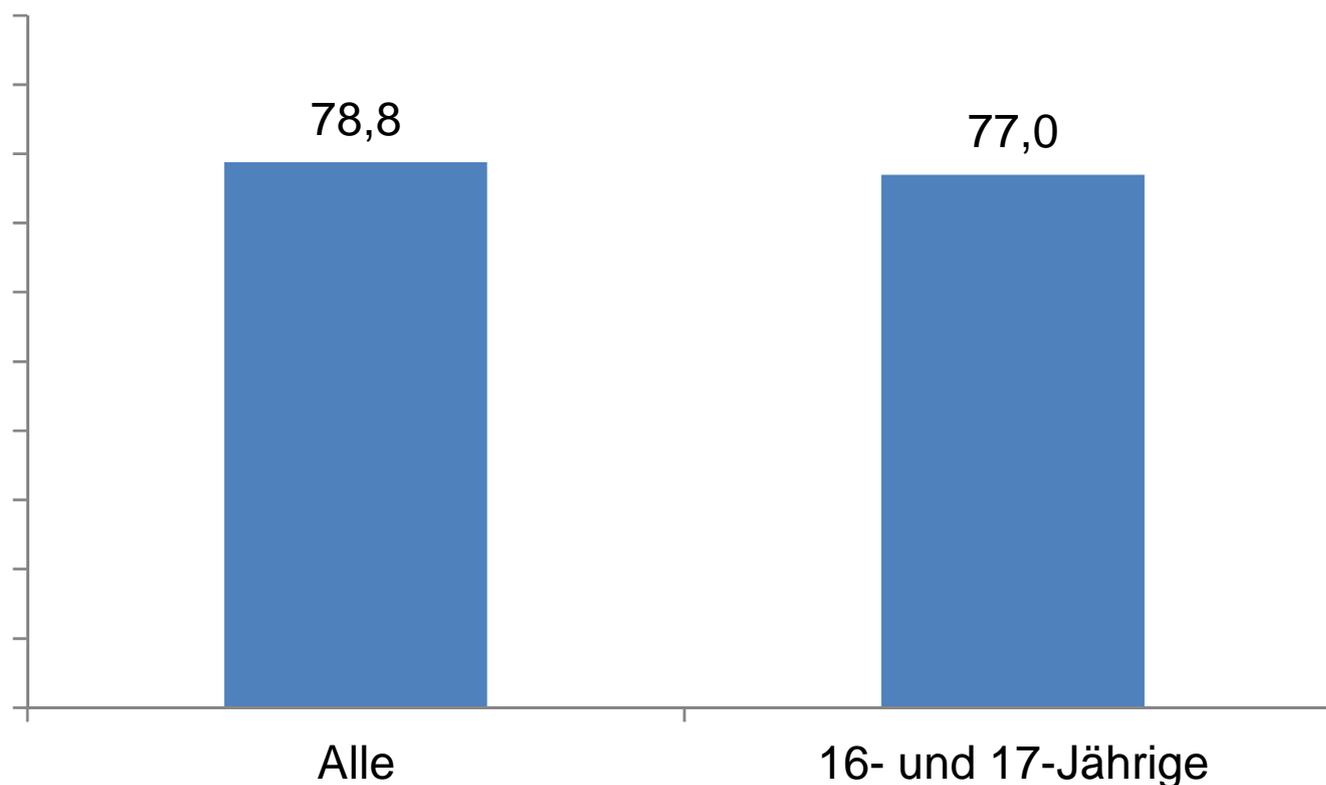
Fallbeispiele: Österreich & Bremen

Nationalratswahl Österreich 2008: Wahlverhalten nach Alter



Fallbeispiele: Österreich & Bremen

Nationalratswahl Österreich 2008: Wahlbeteiligung nach Alter



Fallbeispiele: Österreich & Bremen

Bremen 2011: Intensive Vorbereitung der Jungwähler

- Juniorwahl des Berliner Vereins Kumulus e.V.:
 - Teilnehmer: 84 Schulen mit insgesamt 13.384 Schülerinnen und Schülern der Klassenstufen 7 bis 13
 - Vier Wochen vor der Wahl: Behandlung des Themas „Wahlen und Demokratie“ im Unterricht (Ø 6,6 Schulstunden)
 - Eine Woche vor der Wahl: möglichst realitätsnahe Simulation der Wahl in jeder Schule
- Projekt „Demokratie macht Schule“ des Vereins Mehr Demokratie e.V. (Workshops & Planspiele)
- „Wahlwette“: 25 Klassen gegen Fußballer Sebastian Prödl
- Gewinnung von jungen Wahlhelfer/innen (25 % SchülerInnen)
- Kommunikationskampagne „Neues Wahlrecht“

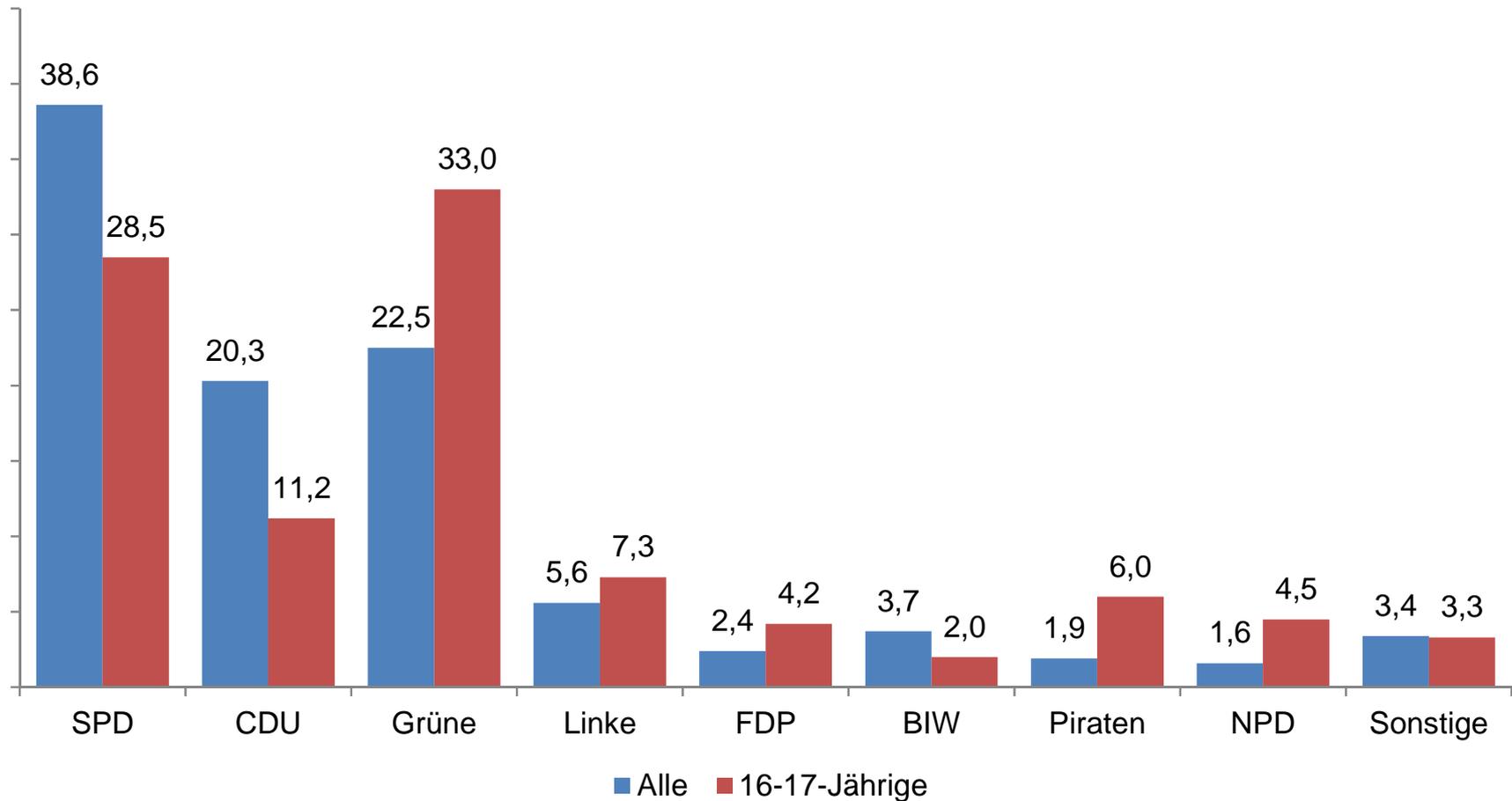
Fallbeispiele: Österreich & Bremen

Bremen 2011: Intensive Vorbereitung der Jungwähler



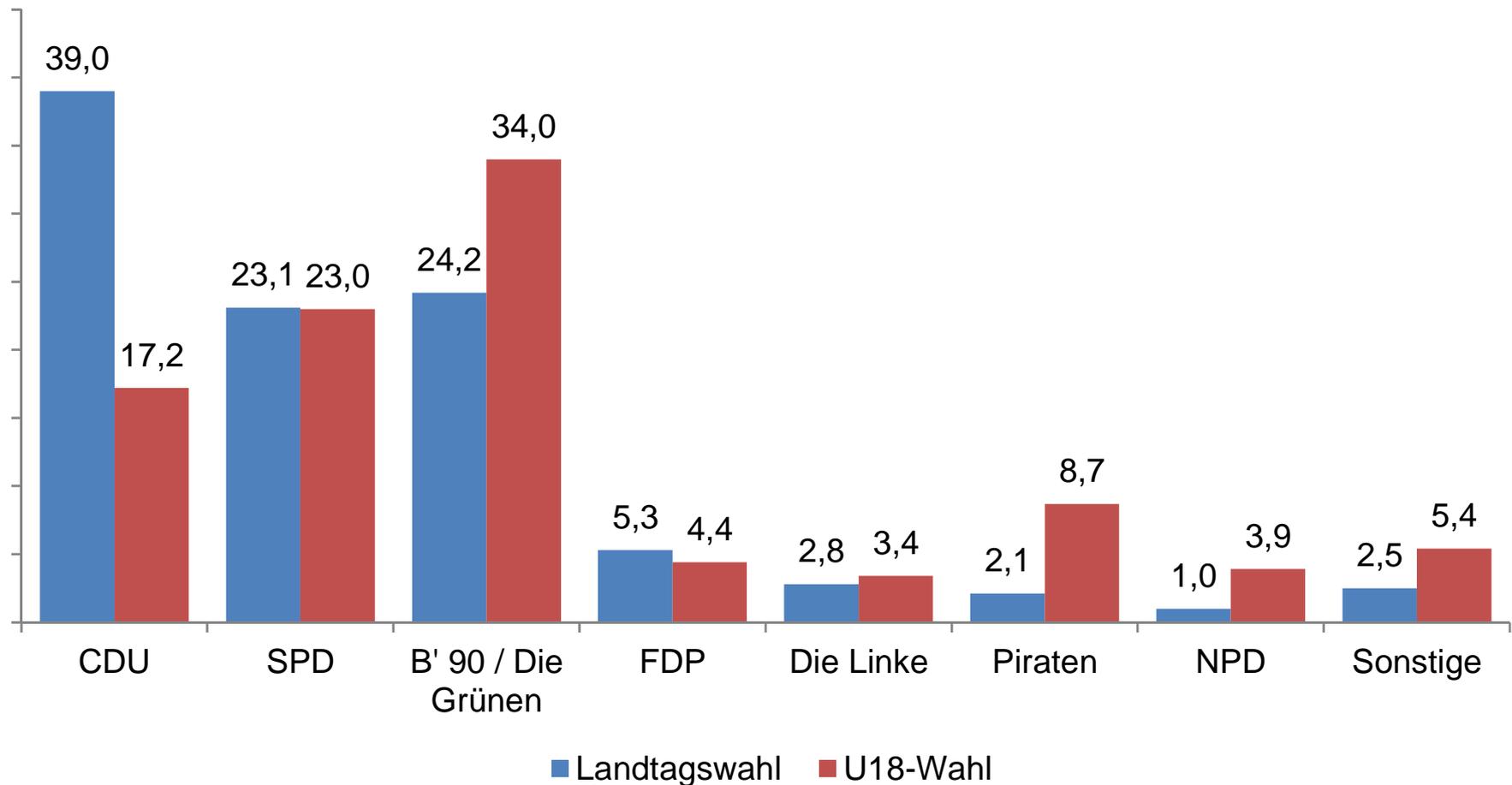
Fallbeispiele: Österreich & Bremen

Landtagswahl 2011 in Bremen: Wahlverhalten nach Alter



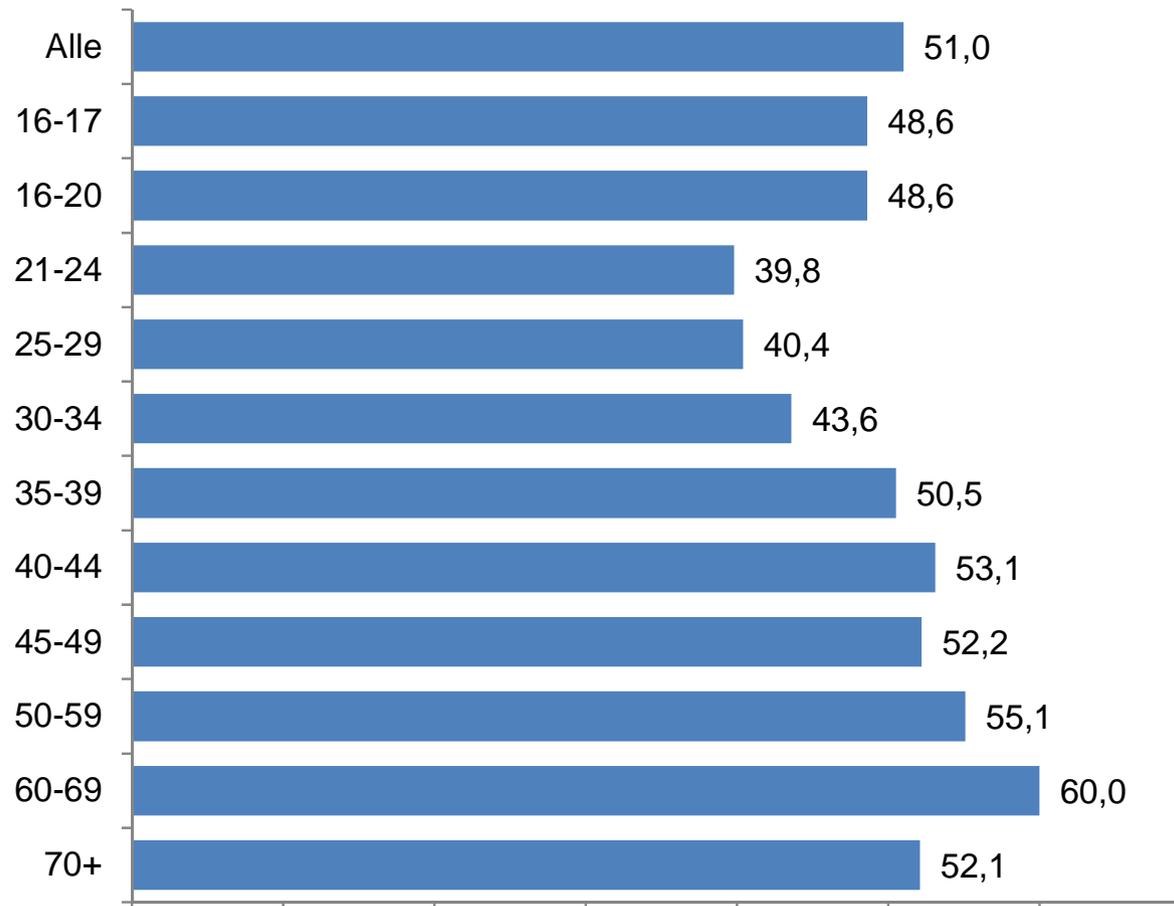
Fallbeispiele: Österreich & Bremen

Zum Vergleich: Baden-Württemberg 2011



Fallbeispiele: Österreich & Bremen

Landtagswahl 2011 in Bremen: Wahlbeteiligung nach Alter



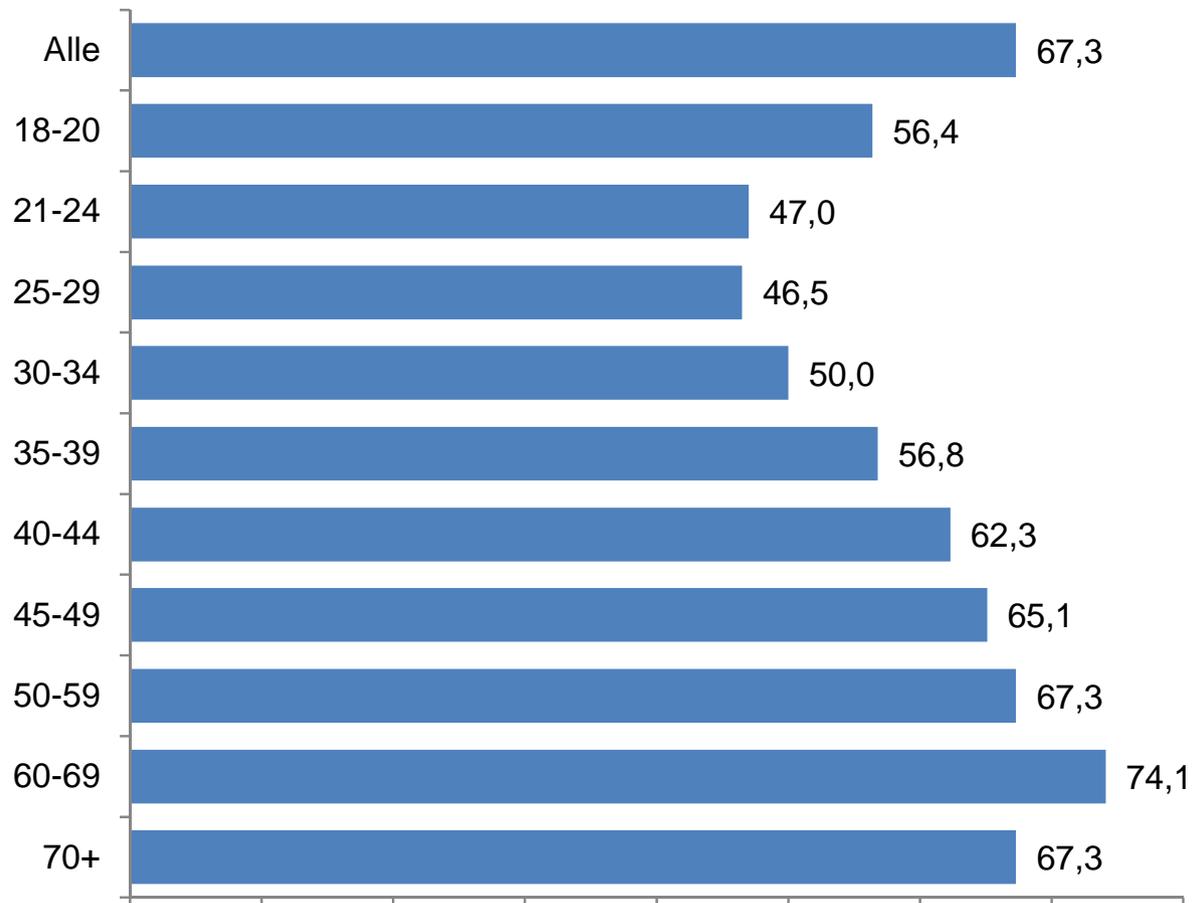
Quelle: Landeswahlleiter Bremen



Jan Kercher

Fallbeispiele: Österreich & Bremen

Zum Vergleich: Landtagswahl Baden-Württemberg 2011



Fallbeispiele: Österreich & Bremen

Fazit

- Sowohl in Österreich als auch in Bremen lag die **Wahlbeteiligung** der jüngsten Wähler nicht viel niedriger als bei allen Wählern.
- Sowohl in Österreich als auch in Bremen wählten die die jüngsten Wähler mit höherer Wahrscheinlichkeit eine **rechtsradikale Partei** als alle Wähler.
- Das bedeutet: **Trotz der intensiven Wahl-Vorbereitung** der Jungwähler in Bremen konnte nicht verhindert werden, dass diese deutlich häufiger die NPD wählten als ältere Wähler.
- Zwei **Schlussfolgerungen**:
 - Eventuell war die Vorbereitung der Jungwähler in Bremen zu kurzfristig („Wahl-Crashkurs“).
 - In Bundesländern, in denen rechtsradikale Parteien in der Nähe der Fünf-Prozent-Hürde liegen, könnte eine Absenkung des Wahlalters diesen durchaus zusätzliche Sitze im Parlament bescheren.

Zusatzauswertungen

Diskussion

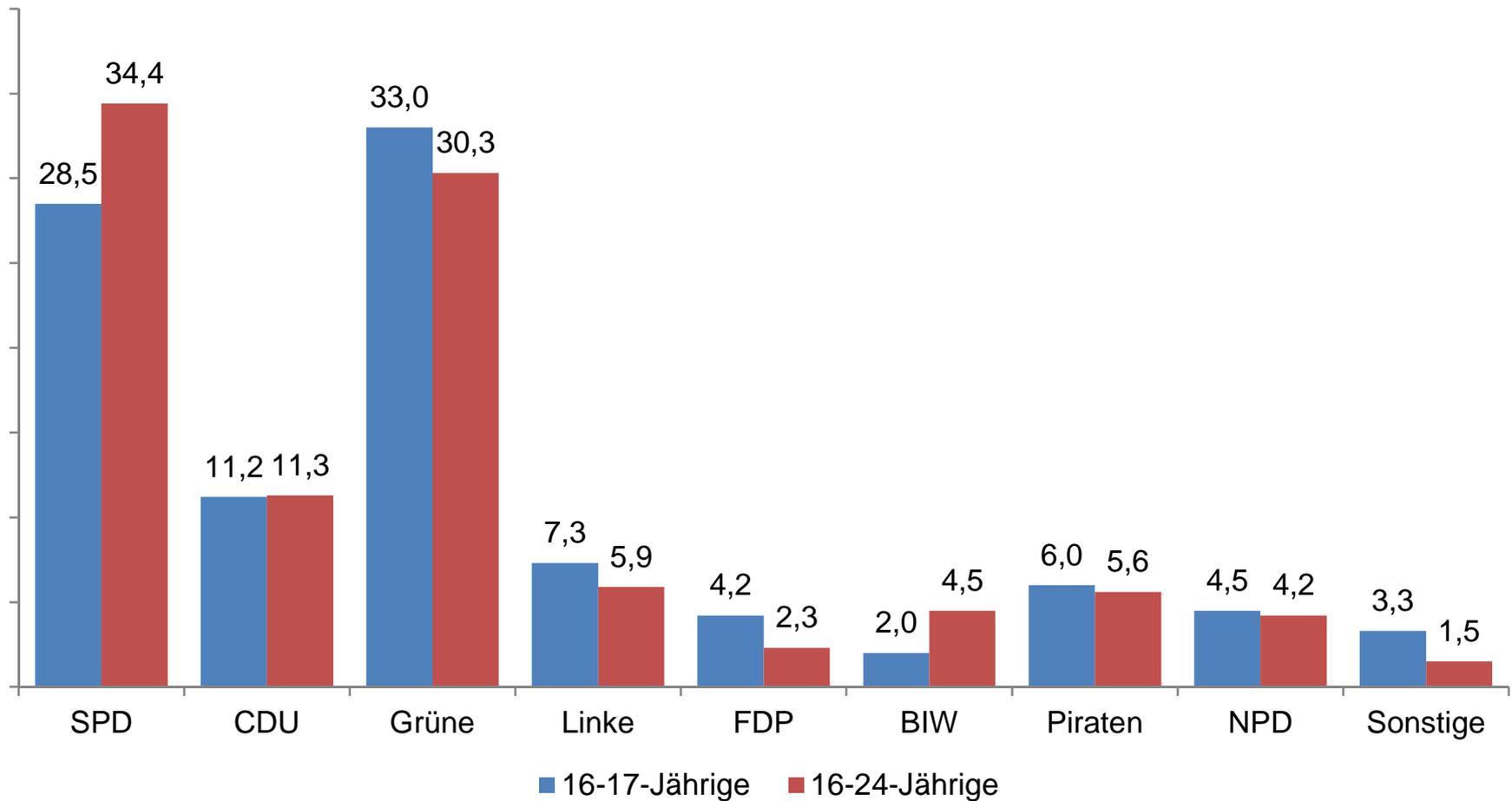
- Im Rahmen der Diskussion der vorangegangenen Vortragsinhalte wurde u.a. die Frage gestellt, wie das Wahlverhalten der gesamten Jungwähler im Vergleich zu den 16- und 17-Jährigen bei der Landtagswahl in Bremen 2011 ausgesehen habe.
- Die repräsentative Wahlstatistik des Bremer Wahlleiters gibt als jüngste Altersgruppe die Wählergruppe von 16 bis 14 Jahren aus. Deren Wahlverhalten wird in der folgenden Abbildung mit der Gruppe der 16- bis 17-Jährigen verglichen.*
- Wie sich hierbei zeigt, kommt es zwischen diesen beiden Gruppen v.a. bei SPD, Linke, FDP und BIW zu größeren Unterschieden. Bei der NPD hingegen zeigen sich kaum Unterschiede zwischen beiden Gruppen. Mit anderen Worten: Die 16-17-Jährigen tendierten in Bremen – wenn überhaupt – nur geringfügig stärker zur NPD als die Gesamtgruppe der 16-24-Jährigen. Es kann vermutet werden, dass dieses Ergebnis eine Folge der intensiven Vorbereitung der 16- und 17-Jährigen auf die Landtagswahl ist (vgl. vorige Folien).

Hierbei ist anzumerken, dass es sich bei den Daten zu den 16- bis 24-Jährigen um Daten der repräsentativen Wahlstatistik handelt, während es sich bei den Daten zu den 16- bis 17-Jährigen um Daten aus sog. „Exit Polls“ handelt.



Zusatzauswertungen

Bremen 2011: 16-17-Jährige vs. 16-24-Jährige



Quelle: Elisabeth Vierhaus, Stellvertretende Landeswahlleiterin der Stadt Bremen: Anhörung der Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“ zum Thema „Kinder- und Jugendbeteiligung/Mitbestimmung in der Schule“ (S. 8).



Jan Kercher

Zusatzauswertungen

Buch: „Jugend, Politik und Medien“

- Vor dem Beginn der Veranstaltung wies Frau Rohde auf das soeben neu erschienene Buch „Jugend, Politik und Medien“ von Jens Tenscher und Philipp Scherer hin. Hierbei handelt es sich um eine Befragungsstudie mit 1.714 Jugendlichen aus Rheinland-Pfalz im Alter von 14 bis 18 Jahren, die im Jahr 2005 durchgeführt wurde.
- Die Studie enthält einige Befunde, die auch für die Diskussion zur Wahlalter-Senkung relevant sind. Diese sollen im Folgenden vorgestellt werden.

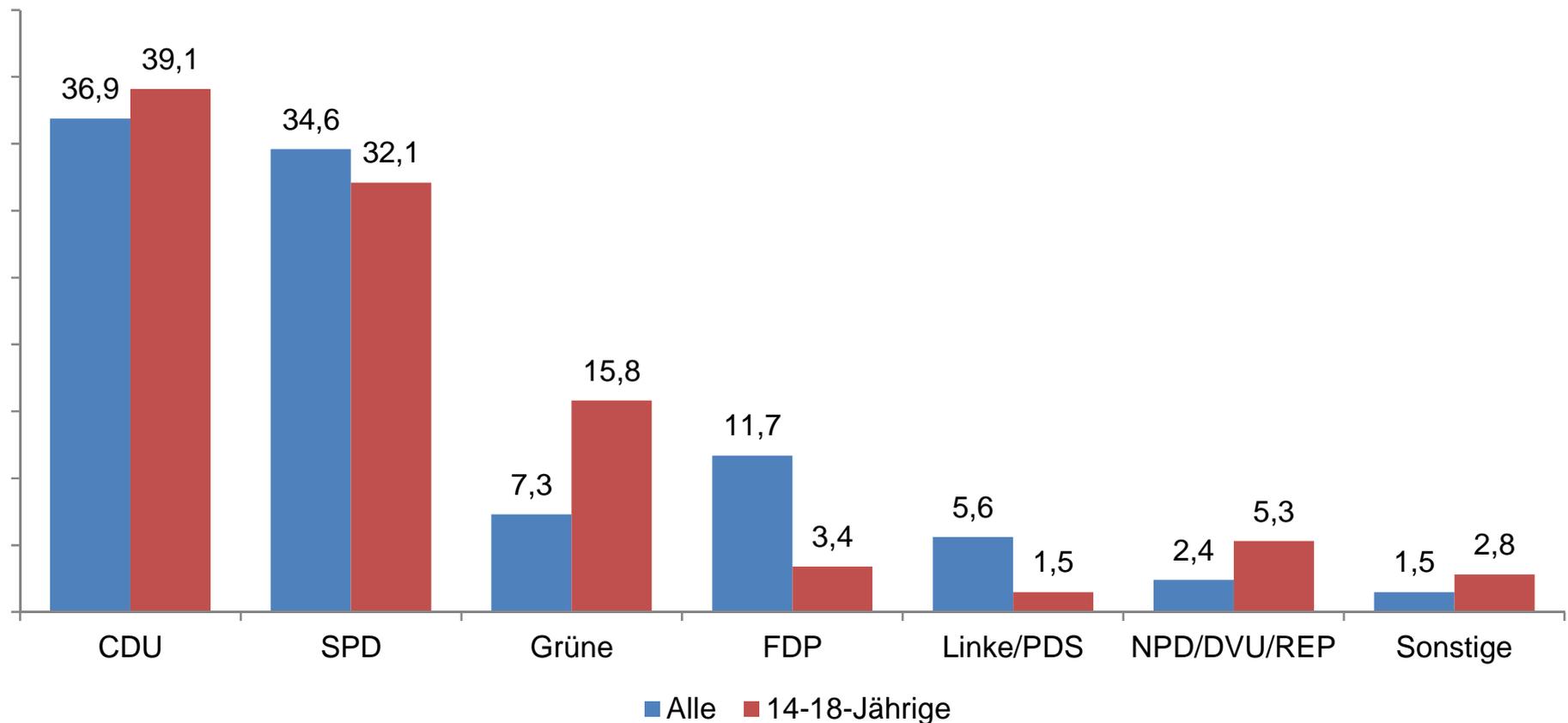
Parteipräferenzen der Jugendlichen (Sonntagsfrage)

- Im Rahmen der Befragung wurden die Jugendlichen auch gefragt, welche Partei sie wählen würden, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären und sie wahlberechtigt wären (Sonntagsfrage).
- Vergleicht man diese Ergebnisse mit dem tatsächlichen Wahlergebnis zur Bundestagswahl 2005 in Rheinland-Pfalz (vgl. nächste Folie), so fällt auf, dass es v.a. bei den kleineren Parteien zu deutlichen Abweichungen zwischen allen Wählern und den befragten Jugendlichen kommt.
- So schneiden Bündnis 90 / Die Grünen bei den Jugendlichen deutlich besser ab als beim tatsächlichen Wahlergebnis, die FDP und PDS/Die Linke hingegen deutlich schlechter.
- Allerdings schneiden auch die rechtsradikalen Parteien bei den Jugendlichen deutlich besser ab (5,3 Prozent) als beim tatsächlichen Wahlergebnis (2,4 Prozent).* Wie sich bei einem Geschlechtervergleich zeigt, liegt dies v.a. an einer starken Tendenz der männlichen Jugendlichen zu rechtsradikalen Parteien (8,0 Prozent vs. 2,0 Prozent bei den weiblichen Jugendlichen).

* Hierbei muss jedoch angemerkt werden, dass die DVU bei der Bundestagswahl nicht antrat, bei der Befragung der Jugendlichen aber abgefragt wurde. Bei den Ergebnissen der Befragung ist jedoch nur das Gesamtergebnis für alle drei rechtsradikalen Parteien angegeben.

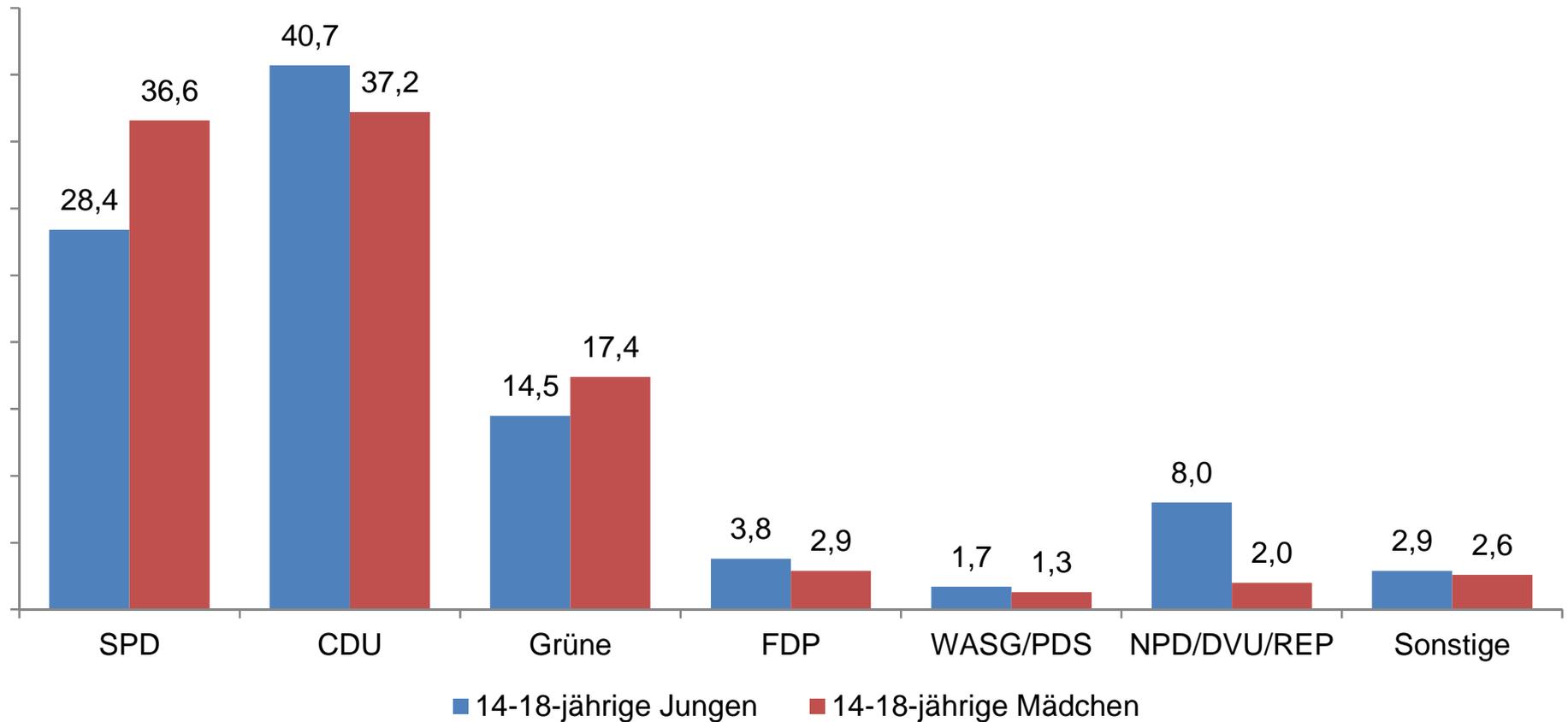
Zusatzauswertungen

RLP 2005: 14-18-Jährige vs. Wahlergebnis bei der BTW 2005



Zusatzauswertungen

RLP 2005: 14-18-Jährige, Jungen vs. Mädchen



Quellen: Jens Tenscher / Philipp Scherer (2012): Jugend, Politik und Medien: Politische Orientierungen und Verhaltensweisen von Jugendlichen in Rheinland-Pfalz. Münster: LIT-Verlag (S. 178). / Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz



Jan Kercher

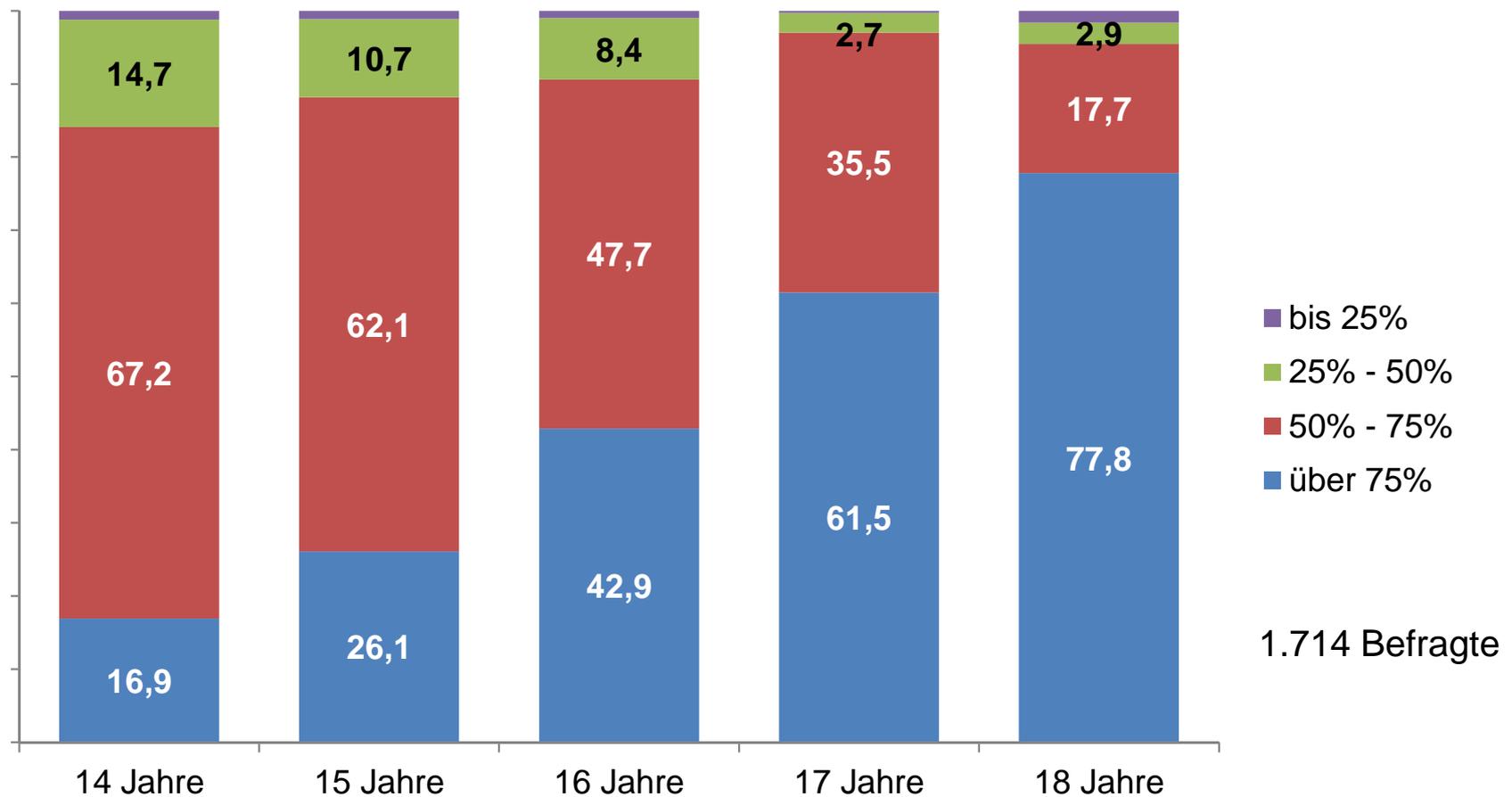
Zusatzauswertungen

Politisches Wissen & Einstellungen zum Wahlalter

- In der Befragung der Jugendlichen aus Rheinland-Pfalz wurde auch deren politisches (Fakten-)Wissen erfasst (anhand von 14 Wissensfragen).
- Wie sich hierbei sehr deutlich zeigt, steigt das politische Wissen der Jugendlichen mit jedem Lebensjahr stetig an. Während der Anteil der Jugendlichen, die 75 Prozent oder mehr der Fragen korrekt beantworteten, bei den 14-Jährigen noch bei lediglich 16,9 Prozent liegt, steigt er über die folgenden Altersgruppen bis auf 77,8 Prozent bei den 18-Jährigen. Der größte Anstieg ist hier zwischen 15 und 16 Jahren zu verzeichnen (Steigerung des Anteils um 64 Prozent).
- Die Zustimmung zu einem Wahlrecht ab 16 Jahren sinkt hingegen mit zunehmendem Alter: Von 38,2 Prozent bei den 14-Jährigen auf 23,3 Prozent bei den 18-Jährigen. Damit hat das Wahlrecht ab 16 Jahren im Vergleich zum Wahlrecht ab 18 Jahren nur bei den 14-Jährigen eine relative Mehrheit, in allen anderen Altersgruppen findet das Wahlrecht ab 18 Jahren eine höhere Zustimmung.

Zusatzauswertungen

Rheinland-Pfalz 2005: Politisches Wissen von Jugendlichen



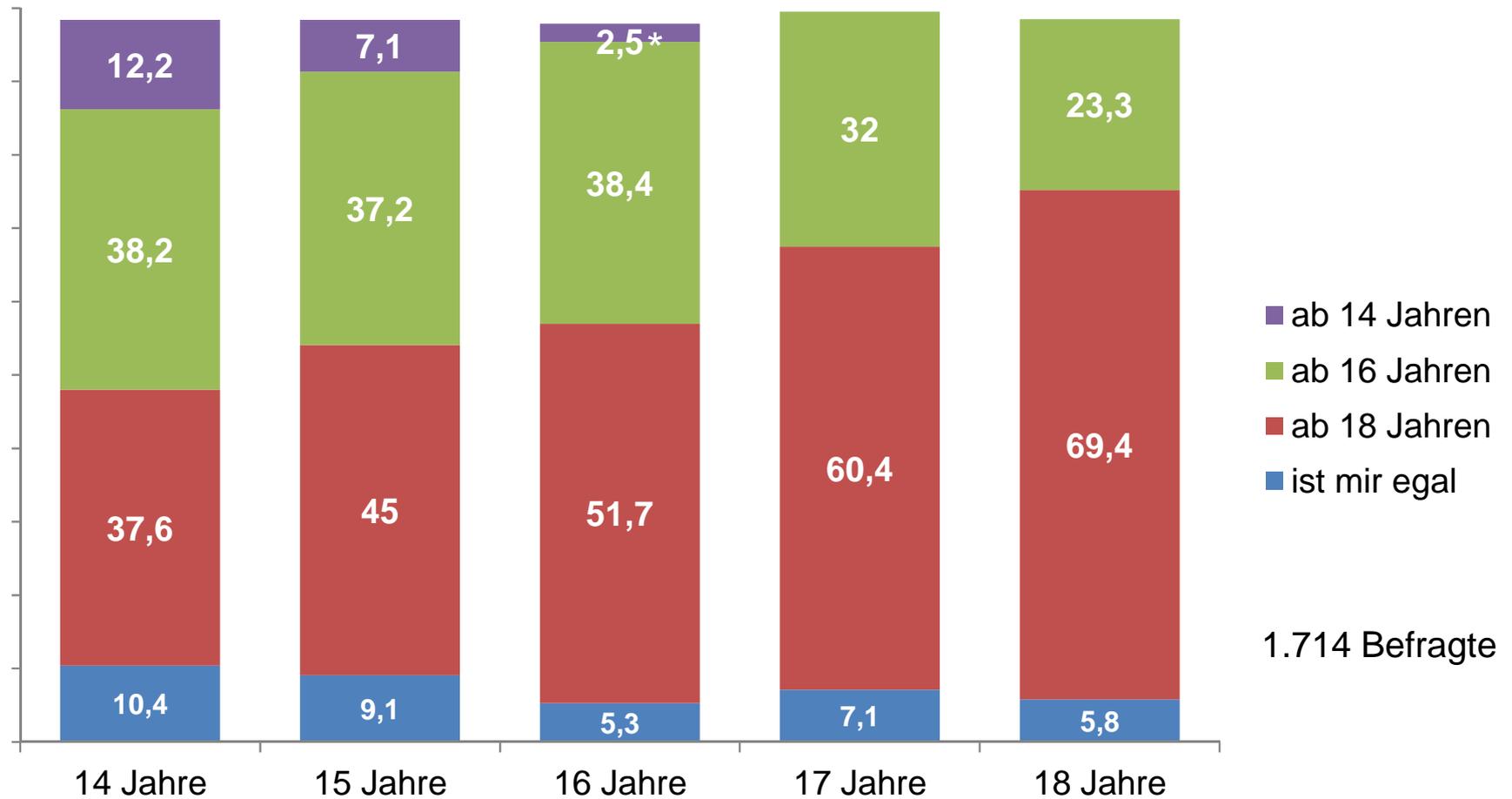
Quelle: Jens Tenscher / Philipp Scherer (2012): Jugend, Politik und Medien: Politische Orientierungen und Verhaltensweisen von Jugendlichen in Rheinland-Pfalz. Münster: LIT-Verlag (S. 86).



Jan Kercher

Zusatzauswertungen

Rheinland-Pfalz 2005: Einstellungen zum Wahlalter



Quelle: Jens Tenscher / Philipp Scherer (2012): Jugend, Politik und Medien: Politische Orientierungen und Verhaltensweisen von Jugendlichen in Rheinland-Pfalz. Münster: LIT-Verlag (S. 177). (* Zahl geschätzt, in Quelle nicht genau angegeben).



Jan Kercher

Kontakt / Ansprechpartner

Dr. Jan Kercher

Universität Hohenheim

Fachgebiet für Kommunikationswissenschaft (540c)

Fruwirthstr. 46

70599 Stuttgart

Tel.: 0711 / 459-22287

E-Mail: jan.kercher@uni-hohenheim.de

Homepage: komm.uni-hohenheim.de/kercher

